

Postische



Zeitung

40 Mark
Ausgaben 60 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Voesische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Berliner Bote“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funddienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreise für Januar 1500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifen 3250 Mark im Inland. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 140 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 65 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (in Ausn d. Handelsl.): Juli Eilbau, Berlin. Ullstein-Verlags-Maschinenwerke sind eingetragen-gewerlich nach Paris beurlaubt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs 9600 - 9653 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 9680 - 9695. Telegrafische Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Washington wartet ab.

Von
Robert Barry,

Washingtoner Vertreter des „Washington Public Ledger“.

* Washington, 7. Januar.

Gesandtschaftsbefehl der „Washington Zeitung“.

Die Zurückziehung der amerikanischen Expeditionen an Rhein wird als eine fast nochschwerere Sache der amerikanischen Regierung angesehen als der Fall, daß Frankreich den Vorschlag bezieht. Es ist jedenfalls, wo hier wieder die einzige politische Aktion, welche Amerika als Resultat des Zusammenbruchs der Pariser Konferenz unternehmen will. Die Zeitungen Amerikas an der Reparationskommission und überhaupt der Reparationsfrage hängen jetzt ganz von den nächsten Schritten der französischen Regierung ab.

Staatssekretär Hughes ist fast entschlossen, seitens der Vereinigten Staaten keine weiteren Schritte zu machen. Die persönliche Ansicht des Präsidenten Harding ist, wie man weiß, die, daß das Reparationsproblem über die Reparationskommission hinausgeht. Er glaubt, daß die Entscheidung darüber schließlich gegen die englischen Streitkräfte abzuwarten. Diese letzteren werden sich in den Verhandlungen mit England wegen der englischen Streitkräfte zu helfen, ohne das Wiederwegnehmensproblem überhaupt zu berühren.

Die britische Kommission und ihr Führer, Baldwin, haben ebenfalls die Ansicht, das Reparationsproblem bei diesen Verhandlungen in keiner Weise aufzuwerfen. Eine Einigung mit England in der Frage der englischen Streitkräfte würde ohne Zweifel einseitig auf die ganze Politik der Regierung für die Regelung der allgemeinen Schulden auswirken. Ein solches Ergebnis ist Präsident Harding's Ansicht, daß keinerlei Einigung oder Einziehung der Schulden vorgenommen werden darf. Im Kongress sind die Ansichten geteilt. In der Frage der englischen Streitkräfte möchte die amerikanische Regierung die Regelung dieser Schulden auf 25 Jahre bei 4% v. Z. erledigen, aber man nimmt in politischen Kreisen allgemein an, daß man sich eher auf den englischen Vorschlag, der eine Zeit von 40 bis 50 Jahren bei einer Verzinsung von 3 1/2 v. Z. vorzuziehen, einigen wird. Die amerikanische Kommission für die Schuldregelung ist durch die Vorschriften des Kongresses in dieser Frage gänzlich heilig. Andererseits möchte die Regierung nicht, irgendeinen Druck auf das Forum zu übertragen und den Dollar noch mehr freigen zu lassen, da das große Maßstabs für die amerikanischen Handels- und Substrukturschaden sich gleichmäßig. Man ist deshalb allgemein der Ansicht, daß ein amerikanischer Plan von Hughes „nicht mehr“ ist, der dem Kongress unterbreitet werden kann, der ihn dann o. nimmt aber vorzuziehen. Die Führer des Kongresses hatten vor: es sei jetzt bereits beschlossen, in dieser Session, die am 4. März abläuft, diese Frage überhaupt nicht mehr zu behandeln, das was noch in der Air, das als Angelegenheit findet, läßt erkennen, daß diese sehr bald wieder im Kongress zur Sprache kommen wird. Dies würde natürlich eine allgemeine Diskussion in der nächsten Session nach sich ziehen und zum mindesten bewirken, daß die bereits lange Diskussion keinerlei Aussicht hat, ihren Plan einer Annäherung der allgemeinen Schulden durchzuführen.

Der Briefwechsel Hughes—Poincaré.

Drahtmeldung der „Washington Zeitung“.

* Washington, 8. Januar.

Das Staatsdepartement gibt heute offiziell an, daß ein Briefwechsel zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und Poincaré als eine Folge der gestrigen Staatssekretärs Hughes in Verbindung mit Poincaré stattgefunden hat. In politischen Kreisen der Vereinigten Staaten weigert man sich, irgendwelche Angaben über die Natur dieses Briefwechsels zu machen.

Die Geheimdienstkommission ist heute bekannt davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Deutschland bereit ist, für die Fortsetzung der „Autarkie“ vollen Goodwill zu leisten. Dieser Geheimdienst weiß wohl den Plan an die Beteiligten aus dem Kreis der leistungsfähigen deutschen Güter ausgesetzt werden.

Die Anhörung der Deutschen.

Heute Fortsetzung.

Drahtmeldung der „Washington Zeitung“.

vi Paris, 8. Januar.

Die Anhörung der deutschen Reklamationen durch die Reparationskommission hat heute nachmittags begonnen. Es wird morgen vormittag fortgesetzt werden. Der größte Teil der heutigen Sitzung wurde durch Darlegungen des Vertreters des Reichshofbankommissars Waldmisch ausgefüllt. Morgen vormittag wird der Vorsitzende des Reklamationen in Essen, Elsen, der nicht rechtzeitig zur heutigen Sitzung in Paris eintreffen konnte, das Wort erhalten. In französischen Kreisen läßt man es für „sicher“, daß die von Frankreich beantragte Feststellung der „vorläufigen Verzinsung Deutschlands“ morgen von der Kommission beschlossen wird. Lieber die heutige Sitzung werde folgende amtliche Kommunikation ausgegeben:

Die Reparationskommission ist heute um drei Uhr zusammengetreten, um die deutschen Goodwillangaben anzuhören, um den Selbstbetrag der Reklamationen an Frankreich im Jahre 1922, was nun seitens der französischen Delegation durch den Antrag auf Feststellung der „vorläufigen Reklamation“ vorangetrieben wurde. Die deutsche Delegation besteht aus folgenden Herren: Führer, Vorsitzender der Reklamationen, Dr. Wapler und Ritter, Mitglied der Reklamationen, Waldmisch, Bornefeldt und Götzelmann, Vertreter des Reichshofbankommissars, Ruppel, Vertreter des Wiederwegnehmensministeriums, Großmann, Vertreter des Reichsministeriums des Inneren und Reichsstatistik. Die Herren Führer und Waldmisch wurden gehört. Morgen werden um 9 1/2 Uhr vormittags ab der Präsident des Reklamationen Röhren und andere Vertreter gehört werden. Die Anhörung der Deutschen wird morgen beendet. Die Reparationskommission wird in der gleichen Sitzung in die Beratung über ihre Schlußfolgerungen eintreten.

Poincaré redet am Donnerstag.

Poincaré erklärte heute mittag nach dem Abschlusse, der sich nur mit der bestehenden Wiederannahme der parlamentarischen Arbeit beschäftigt, den französischen Pressevertretern, er werde am Donnerstag in der Kammer und auch im Senat eine Erklärung über die „höfliche Tage“ abgeben. Poincaré bemerkt, daß die angebliche Mobilisierung französischer Eisenbahnen, er bemerkt noch: „Wir werden weder einen Eisenbahner noch einen Soldaten mobilisieren.“

Am Dinstag Vormittag wurde heute auch neue vorläufige und Zwischenberichte über die angeblichen Pläne Frankreichs gemacht. Eine Angabe der „Presse“, nach der Poincaré das Verhalten an Donnerstag voran, ein solches Verhalten stellen wollen, wurde als „höfliche Tage“ bezeichnet. Man erklärte mit am zukünftigen Ziele, die Maßnahmen über Zeitpunkt und Charakter der französischen Aktion müssen mit um so größerer Vorsicht aufgenommen werden, als Verhandlungen der Pläne in letzter Stunde keineswegs ausgeschlossen seien. Nach meinen Feststellungen ist es sicher, daß heilige und laienliche Agenten bei den geplanten Kontrollen werden beteiligt werden. In der Frage, ob solche Agenten an der Aktion teilnehmen, war keine amtliche Auskunft zu erlangen. Wir werden am nächsten Tage erneut berichtet, daß Frankreich die Festhaltung der „vorläufigen Reklamation“ als „ausreichende und gerechte Grundzüge“ für Sanktionsmaßnahmen betrachtet und sich nicht verpflichtet fühlt, eine etwaige Fortsetzung der Reparationskommission über die Wiederwegnahme abzugeben, wobei eine Erklärung gemacht wurde, daß die französischen Dispositionen im letzten Augenblick noch geändert werden könnten.

Die Möglichkeit eines amerikanischen Eingreifens wird in französischen amtlichen Kreisen entschieden bestritten. Man bemerkt dazu, Deutschland begehe einen „großen Irrtum“, wenn es auf Amerika rede. Auch die Spekulation auf einen Sturz des französischen Frankens werde sich als falsch erweisen. Die französische Regierung habe natürlich alle Vorkehrungen in dieser Richtung getroffen und dürfe auf Grund der vorigen Angaben darauf rechnen, daß der Frankens nach der Aktion im Ruhrgebiet fallen werde (1).

Der Tod der Reparationen.

Erklärungen des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute vormittag die hiesigen Vertreter der amerikanischen Reklamationen und gab ihnen folgende Erklärungen:

„Die allierten Ministerpräsidenten haben bei ihrer Pariser Beratung“ über die Reparationsfrage unsere Vorschläge nicht hören wollen und über ihre eigenen Vorschläge sich nicht einigen können. Die Lösung des Problems ist von neuem aufgeschoben. Frankreich scheint sich zu dem Versuche anzusetzen, seine Ansprüche im Wege des Zwanges, des Gewalt durchzusetzen.“

„Obwohl es den Anschein, als ob man in einigen Kreisen Frankreichs wirklich glaubt, durch solchen Zwang Reparationsleistungen von uns erhalten zu können. Ich habe schon in meiner Hamburger Rede gesagt, daß jede Zwangsmaßnahme den Tod der wirtschaftlichen Reparationen bedeuten würde. Das kann ich heute nur mit größtem Ernst und Nachdruck wiederholen. Denn so sehr wir bereit wären, es auch noch heute für, freiwillig und gestützt auf unsere Wirtschaft mit unseren Leistungen bis zu der Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu gehen, so wenig bin wir willens, und irgend einem Zwange zu beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung des Wohligen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir haben damit das Beste getan und sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, ebenso entschlossen den Weg des Gehens beschreiten. Unter Druck und Erziehung werden wir nicht handeln.“

Wir können den Gewalt nicht mit Gewalt entgegen treten. Was wir aber in voller Entschlossenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volke tun können, das ist, die wirtschaftliche Uebermacht und die Wirtschaft der französischen Verbänden der Welt in ihrem höchsten Maße zu setzen. Selbst die Welt. Frankreich verleiht die gesamte Aktion mit dem Gehn des Rechts zu urteilen, indem es von „Sanktionen“ und „Pönalstrafen“ spricht, die in den Bestimmungen des Versailles Vertrags ihre Gültigkeit haben sollen. Aber der Vertrag von Versailles, so angebrochen er auch sonst ist, geht nicht so weit, den Willkür der Welt die Gültigkeit auf befristetes Gebiet zu gestatten. Zur Sicherung der Reparationsforderungen, helfen die Alliierten für bestimmte Zeit das Rheinland besetzen, eine Garantie, wie sie fürster und drückender noch in keinem Friedensvertrage zwischen Kulturvölkern festgesetzt worden ist. Wenn Frankreich jetzt auf eigene Faust noch weiter gehen will, wenn es im besetzten Gebiet sich nicht in den Schranken des das Befugnisrecht gebenden Abkommens halten oder wenn es sogar seine Hand noch über das Rheinland hinaus auf unbefestigten deutsches Gebiet legen will, so ist das nicht die Lösung eines vertraglichen Konflikts, sondern ist Verstoß gegen den Vertrag und Gewalt gegen ein wehrloses Volk.“

Die Erklärungen des Reichskanzlers entsprechen der Auffassung der meisten Kreise des deutschen Volkes, und gerade der Schichten, die sich für eine aufrichtige Verhandlungspolitik mit aller Ehrlichkeit eingestellt haben. Verhandlung setzt guten Willen auf beiden Seiten voraus. Ich unterbreibe mit dem Versich, einem großen Volk mit den vorerhaltenen Mitteln der Gewalt fremden Willen aufzuzwingen. Der Geist Poincarés bedeutet eine Begegnung nicht nur des deutschen Volkes, sondern auch der Kreise des französischen Volkes, die wissen, daß der Kräftevergleich der Welt und morgen gefeiert werden kann, von Echnen und Einlen heute begehrt werden kann. Deutschland wird der Gewalt fremden Gewaltmächter und Gewaltüberläufer durch unzulässige unehrliche veränderliche Stimmungen zu spielen. Das deutsche Volk wird sich einmütig hinter jede Regierung stellen, die gegen die Gewalt des Rechts und die Vermittlung geht.

